410-06

410-06

Selbst-Organisation

asta-information
nr. 1 15. januar 1969

Wer heute kneift, wird morgen gekniffen

Der Streik der Studenten an der AfE hatte, was das Bewußtsein der Streikenden und ihre Forderungen betrifft, von Anfang an gewerkschaftlichen Charakter. Gefordert wurde eine achtsemestrige Ausbildung für den Stufenlehrer. Die Forderung richtete sich an den Kultusminister. Er war das, was im Bereich der Wirtschaft „Verhandlungspartner" der Gewerkschaften genannt wird. Die Streikenden hofften, durch ihr Fernbleiben von den Vorlesungen und Seminaren einen solchen Druck auf den Minister auszuüben, daß er ihren Forderungen nachzugeben gezwungen wäre. Dafür spricht auch, daß der „Verhandlungspartner" zu einem „Termin" nach Frankfurt beordert wurde.

Dementsprechend war die Bezeichnung des Streiks an der AfE auch „Vorlesungsboykott". Der Großteil der Studierenden begnügte sich damit, den Vorlesungen und Seminaren einfach fernzubleiben.

Durch diesen abstrakten Akt sollte das „Streikziel" erreicht werden. Der „aktive Streik", die Selbstorganisation des Studiums durch Arbeitskreise und Basisgruppen wurden an der AfE nur von einem geringen Teil der Studierenden in Angriff genommen, und zum Teil lediglich unter dem Aspekt, wie der Stoff auf acht Semester verteilt werden könnte.

Das Vorgehen der Administration gerade gegen diese Gruppen, die ihre Arbeit politisch verstehen, nämlich als Reaktion auf die staatlich geplante und geleitete Effizierung des Studiums im Sinne einer erhöhten ökonomischen Verwertbarkeit, zeigt, wovor sich die sogenannten Reformer am meisten fürchten.

Sie wollen nicht ein Studium, das die Interessen der Studierenden, sondern allein die der Wirtschaft und der Administration des autoritären Staates berücksichtigt.

Auf dem teach-in mit Schütte hat sich offensichtlich folgendes ereignet. Diejenigen, die es noch nicht wußten, mußten erkennen, daß der Minister in keiner Weise auf ihre Forderungen eingehen, geschweige denn ihnen nachgeben würde. Der Hauptgrund dieser Weigerung, die acht Semester anzuerkennen, dürfte wohl ein finanzieller sein. Diese Entwicklung war aber von vornherein abzusehen. Der durch den Vorlesungsboykott an der AfE

Die Reaktionen der Universitäts- und Staatsbürokratien auf den Streik der Studenten waren geradezu klassisch. Sie versuchten, den Streik als „rechtswidrigen Akt" hinzustellen, der nur von einer kleinen radikalen Minderheit provoziert worden war, um ihn für ihre „revolutionären Ziele" auszunutzen. Die Repressionen waren entsprechend. Der Streik wurde kriminalisiert, die angeblichen Interessen der großen Mehrheit der arbeitswilligen Studenten, gegen die Ziele der „Minderheit" ausgespielt. Den Streikenden wurde mit der Aberkennung des Semesters gedroht. Als „Arbeit" wurde nur anerkannt, was sich im traditionellen Rahmen der autoritären Arbeitsorganisation abspielte. Die selbständigen Arbeitsgruppen wurden diffamiert, ihre Arbeitsmöglichkeiten sollten durch den Polizeieinsatz zerstört werden.
Es zeigte sich jedoch, daß die Arbeitswilligen sich gerade unter der diffamierten Minderheit befanden. Sie begnügten sich nämlich nicht mit einem abstrakten Fernbleiben, sondern arbeiteten in den verschiedenen Arbeitskreisen.

erzeugte Druck konnte in keiner Weise dazu ausreichen, die Forderungen durchzudrücken. Diese Sache hat Schütte sozusagen bürokratisch erledigt. Was ihn aber viel schlimmer traf, war der Wille einer beträchtlichen Zahl von Studenten, sich an dem überkommenen Universitätsbetrieb nicht mehr widerstandslos zu beteiligen.

Gegenüber den Forderungen dieser Studenten, an der Universität die selbsttätige Arbeitsorganisation anzuerkennen und sie zur Grundlage des Studiums zu machen, kannte Schütte nur ein Argument: „Gewalt muß mit Gewalt beantwortet werden."

Das ist die Reaktion eines Herrschenden, der seine Herrschaft bedroht sieht.
An dieser Reaktion wird exemplarisch deutlich, worin die einzige Möglichkeit besteht, unsere Forderungen durchzusetzen: in der Bildung einer studentischen Gegenmacht. Das können wir aber offensichtlich nur erreichen, indem wir unser Studium selbst organisieren. Darin lag die Schwäche unserer anfänglichen Streikdefinition als bloßer Boykott und der zu kurz greifenden Kritik, die sich lediglich gegen die Kürzung des Studiums wandte und nicht die autoritäre Organisation des Studiums selbst betraf: Die autoritären Bindungen, die Elternhaus und Schule in den Studenten erzeugten, werden in das verschulte Studium der AfE bruchlos übernommen.
Wer 20 bis 30 Stunden pro Woche den Ausführungen eines Professors zuhören muß, wird sich nur sehr mühsam zu einer selbständigen Arbeits- und Handlungsweise durchringen können. Hinzu kommt, daß das Leistungsbewußtsein der Studenten an die von ihnen zu erreichenden „Scheine" gebunden ist, d. h. daß ihre Arbeiten nur durch Autorität des Professors, der ihnen ihr Können bescheinigt, für sie einen „Wert" erhalten. Selbständige, kollektive Arbeiten, die der Beurteilung der Lernenden selbst unterliegen und ihren Interessen entsprechen, werden durch die vorgegebene Arbeitsorganisation fast völlig verhindert. Zu kritischen Lehrern, die nicht bloß den autoritären Leistungsdruck, unter dem sie selbst stehen, an ihre Schüler weitergeben, können wir uns nur entwickeln, wenn wir uns selbst gegen die Leistungszwänge unseres Studiums zur Wehr setzen.

Nur wenn wir lernen, unser Studium als unsere Angelegenheit selbsttätig zu organisieren, können wir begreifen, daß wir gesellschaftliche Verhältnisse unserer Kontrolle unterwerfen müssen. Nur so können wir auch den Schülern ein demokratisches Bewußtsein vermitteln. Aber zugleich gewinnen wir durch die Selbstorganisation unseres Studiums die Macht, mit der wir unsere Forderungen gegen eine unseren Bedürfnissen entfremdete Bürokratie durchsetzen können.

Was kann die Bürokratie noch dagegen machen, wenn wir unser Studium in Arbeitskreisen selbst organisieren? Erkennte sie unser Studium nicht an, müßte sie auf die Lehrer verzichten, die sie dringend an der Schule braucht. Ganze Fakultäten zu relegieren, können sie sich unmöglich leisten. Gegen unseren kollektiven Widerstand sind sie machtlos. Ihre Formierungskonzepte werden notwendig an unserer Selbstorganisation scheitern.

ABC

Der Streik der Soziologen und Solidaritätsstreiks der anderen Fakultäten wurden von Anfang an im Sinne der Selbstorganisation der eigenen Arbeit geführt. Das führte bei vielen AfE-Studenten zu einem tiefgehenden Konflikt. Sie fühlten, daß ihre ursprünglichen Streikziele von anderen Streikforderungen überholt worden waren. Durch die weitergehende Selbstorganisation

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

des Studiums an den anderen Fakultäten wurden ihre eigenen Autoritätskonflikte virulent. Auf den großen Veranstaltungen wurde sträflicherweise kaum mehr über die AfE-Forderungen diskutiert. Viele der AfE-Studenten haben das als Manipulation mißverstanden. Diese Einstellung wurde ihnen auch systematisch von reaktionären Studentengruppen suggeriert, die eine willkommene Gelegenheit sahen, ihr Anhängerpotential zu vergrößern. Wenn auch ihr Vorlesungsboykott eine Kampfmaßnahme gegen Schütte war, so lag darin doch noch eine Fixierung an seine Autorität.

Der Mann, von dem die „boykottierenden" AfE-Studenten ein Eingehen auf ihre Forderungen erzwingen wollten, die professoral-ministeriale „Autorität" Schütte wurde vor ihren Augen systematisch destruiert.

Dieses schwitzende, sich windende Individuum Schütte, das bewußt oder unbewußt keinen Einblick nehmen wollte in die autoritären Strukturen dieser Gesellschaft und in den „privatwirtschaftlichen" Charakter seines „Reformentwurfs", diese öffentlich entmannte Vaterfigur kam als Bindung für die AfEler nicht mehr in Frage. Was lag näher, als für die durch diesen Vorgang erzeugten Schuldgefühle einen Sündenbock zu suchen — sprach doch schon auf dem teach-in eine Kommilitonin davon, man solle Schütte nicht zu hart behandeln. Was lag näher, als sich an eine andere Autorität zu fixieren, mit der man sich herumschlagen, auf die man seine Frustrationen — Streik ohne Erfolg, Angst vor Aberkennung des Semesters, „Beweis", daß man es bei den Professoren doch am besten hat etc. — abwälzen konnte. Wiederum gaben reaktionäre Studentengruppen die „Adresse" an. „Wir brauchen uns nicht von dem Kapitalisten Cohn-Bendit und seinen Soziologen führen zu lassen", propagierte ein anonymes Flugblatt am vergangenen Donnerstag. Da saß der Hauptfeind, das hatten die Professoren ja auch gesagt und Rüegg. Die kleine radikale Minderheit war schuld an dem Streik, den die Studenten in dieser Form nicht gewollt hatten, der aber in der gewollten Form nicht erfolgreich sein konnte.

Die Vollversammlung der AfE am vergangenen Freitag führte zu einem Ausbruch von Hilflosigkeit bei diesen Studenten, wie er bisher in Frankfurt nicht aufgetreten war. Nachdem der größte Teil in die Mensa abgezogen war, blieben die, die Angst vor der „Soziologenmanipulation" hatten, im Hörsaal VI zurück. Sie hatten nur noch ein Thema: „Streik beenden, unter allen Umständen, ohne Diskussion."
Unter der Anleitung reaktionärer Kader erreichte die Hysterie ihren Höhepunkt. Die opinionleader, die sonst auf formaldemokratischen Verfahrensweisen herumreiten, setzten sich über einfachste Satzungsnormen hinweg — Gegenreden wurden nicht zugelassen etc. Sie hatten nur ein Ziel: „Streik beenden". Diejenigen, die sonst immer nach „Argumentation" schreien, verhinderten jegliche Diskussion: „Sofort abstimmen". Alle dort hatten Angst, sie könnten sich wieder manipulieren lassen von diesen Soziologen. Als Cohn-Bendit und einige Soziologen in den Raum zurückkehrten, brach diese Angst aus ihnen heraus. „Cohn-Bendit raus, Cohn-Bendit raus." Die Soziologen brachten die Sprechchöre auf ihren Begriff. „Juden raus, Juden raus." Es läßt sich nicht genau feststellen, wie viele der Anwesenden diese auslösende Provokation aufnahmen, unbestreitbar ist, daß der Ruf von Sprechchören aufgenommen wurde: „Juden raus, Juden raus."

Die Verteufelung von Minderheiten durch die Administrationen hatte vorerst Erfolg gehabt.
Aber zugleich hat diese scharfe Konfrontation mit den Rechten den Konflikt mit der Autorität, sowohl der der Professoren wie der der Kultusadministration, der durch die gewerkschaftlichen Forderungen noch verschleiert war, ganz offen gemacht. Die Studenten, die in der letzten Vollversammlung „keine Diskussion" gerufen haben, haben ganz deutlich gemacht, was Schütte noch durch sein kulantes Mitspielen bei der Diskussion verschleiern wollte: Daß es nicht um Diskussion von Problemen, sondern um die möglichst reibungslose Durchsetzung von Entscheidungen geht. Die Studenten, die „Cohn-Bendit raus" riefen, haben nur die faschistischen Tendenzen bloßgelegt, die sich sonst hinter dem „Sachverstand" verbergen, der Demokratisierung lediglich mit dem Hinweis abtut, sie könne das laufende Getriebe der Produktion stören.

Gegen jeden, der sich in ihren laufenden Apparat, zu dem sie die Gesellschaft zu ihrem Nutzen machen, nicht bruchlos einfügen will, sind sie bereit, einzusetzen, was sonst nur verschämt oder offen die Praktiken der Kindererziehung bestimmt: die offene Gewalt, ob sie Rüegg oder Schütte heißen, oder sonstwie.

Autorität und Kommunikation

Im bisherigen Schul- und Universitätsbetrieb war es nur möglich, sich als Konsument zu verhalten; zwar wurde diese Verhaltensform internalisiert, aber es blieb ein dumpfes Unbehagen. Hinzu kommt, daß durch diese repressive Struktur Lernhemmungen und Unfähigkeit zu einer befriedigenden Kommunikation auftraten. Die Intention der Arbeitsgruppen ist es, diesen Zwiespalt aufzulösen, Lernmotivationen zu schaffen und Kommunikation herzustellen.
Um eine Diskussionsteilnahme aller Beteiligten zu ermöglichen, haben wir uns in kleine Gruppen aufgeteilt. Sehr bald stellte sich allerdings heraus, daß sich daraus allein nicht automatisch eine repressionslose Situation ergab: die alte Konstellation — einmal die redenden Autoritäten, zum anderen die schweigenden Konsumenten — bestand fort. Wir haben dieses Problem zu lösen versucht, indem wir jeden einzelnen dazu aufforderten, seine Schwierigkeiten innerhalb der Gruppe zu beschreiben. Fast bei den meisten zeigten sich die gleichen Hauptschwierigkeiten: Formulierungsschwächen, unterschiedlicher Wissens- und Informationsstand, Diskussionsverhalten der Autoritäten, z. B. häufiges Unterbrechen, Nichtbeachtung von weniger sicher und überzeugt vorgebrachten Diskussionsbeiträgen. In einigen Gruppen hatte dieses Vorgehen Erfolg. Aber auch dort ergaben sich später wieder Abwehrreaktionen, als konkrete Themen behandelt und Literatur zu ihrer Erarbeitung hinzugezogen werden sollte. Das trat auch in Gruppen auf, in denen sich das Thema ganz spontan aus den eigenen Bedürfnissen entwickelt hatte. Obwohl die zu behandelnden Themen den Interessen und Wünschen der Teilnehmer durchaus entsprachen, befürchteten viele, daß sich auf Grund eines Informationsvorsprunges innerhalb dieser Gruppe neue (Sach-) Autoritäten herausbildeten, die ähnlich repressive Funktionen wie der „Professor" übernehmen und die Situation des traditionellen Seminarbetriebes reproduzieren würden. Es kommt aber darauf an, daß antiautoritäres Verhalten und neuerarbeitete Vermittlungsstrukturen einen kontinuierlichen Lernprozeß an bestimmten Themen ermöglichen! Damit wäre auch die Gefahr gebannt, daß sich anti-autoritäre Verhaltensweisen verselbständigen und selbst repressiv werden:
Sie können sich verselbständigen und repressiv werden, weil sie als Gegenreaktion auf autoritäre Strukturen nötig sind und ebenso zur Festigung der eigenen Position. Denn da alte Verhaltensmuster noch weiterbestehen und die neuen sich in einer extrem feindlichen Umgebung durchsetzen müssen, droht man immer wieder zurückzufallen. Man ist daher versucht, relativ unreflektiert und starr die neugewonnenen Verhaltensweisen zu bekräftigen und schafft sich somit wieder neue Barrieren, die weitere kritische Einsicht verhindern.

Ein großer Erfolg der Arbeitsgruppen war die Erfahrung für jeden einzelnen, daß seine für individuell gehaltenen Probleme allgemeine Probleme sind. Diese Erkenntnis ermöglicht das Aufbrechen der Isolierung und das Entstehen von Solidarität.

G. K. G. N.

In Sachen
Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Walter Rüegg, 6 Frankfurt, Mertonstraße 17
Antragsteller,
gegen
den Allgemeinen Studentenausschuß der Studentenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität (1. Vorsitzenden: Thomas Hartmann, 2. Vorsitzender: Prewo),
Antragsgegner,
beantrage ich, wegen Dringlichkeit ohne vorherige mündliche Verhandlung im Wege der einstweiligen Verfügung zu beschließen:

1. Der Antragsgegner wird verpflichtet, in Zukunft nicht zum „Streik", zum „Boykott" von Lehrveranstaltungen oder zu anderen Störungen des Universitätsbetriebs aufzurufen oder dies in irgendeiner anderen Form zu unterstützen.
2. Dem Antragsgegner wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe angedroht (deren Festsetzung in ihrer Höhe dem Ermessen des Gerichts überlassen bleibt).

Das Rektorat hat sich wieder etwas Neues ausgedacht:
Der AStA soll verpflichtet werden, nicht mehr für die Studentenschaft, sondern als AStA von Rektors Gnaden gegen deren Interessen zu arbeiten. Dieser Antrag auf eine einstweilige Verfügung steht im Rahmen einer umfassenden Disziplinierungsstrategie von Rektorat und Kultusministerium. Die politische Auseinandersetzung um neue Wissenschaftsinhalte soll unter der Käseglocke juristisch-formaler Argumentation sterilisiert werden. Damit wird die Schwäche der Universitätsadministration deutlich, ihre Herrschaftspositionen nicht mehr in rationaler Diskussion innerhalb der Universität legitimieren zu können. Der Konflikt soll auf eine Ebene verlagert werden, auf der die Administration sich machtpolitisch am längeren Hebel fühlt. Gleichzeitig werden die Aktionen des AStA ebenso wie die kritischer Studenten zu rechtswidrigen Handlungen erklärt. Diese willkürliche Kriminalisierung legitimer studentischer Selbstorganisationen soll die Studentenschaft spalten, die Betroffenen vereinzeln und gleichzeitig gegenüber einer wenig informierten Öffentlichkeit härtere Polizeimaßnahmen plausibel machen, unter dem Motto: Bekämpfung der Studentenaktionen ist Verbrecherbekämpfung. (Siehe den brutalen Polizeieinsatz gegen den AStA Heidelberg.) Durch die unverfrorene Interpretation der studentischen Selbsttätigkeit als „rechtswidrig" und „Störung" beweist die Universitätsadministration, daß sie nicht bereit ist, von ihrem irrationalen Anspruch abzugehen, dem unser Kampf gilt, daß nämlich nur Professoren und deren Gremien über Inhalte und Formen unseres Studiums zu befinden haben. Der AStA wird sich nicht vom Rektorat erpressen lassen. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel benutzen, die Repressionen abzuwehren. Die als legitim erkannten Maßnahmen der Studenten werden nicht scheitern, wenn wir uns nicht durch Drohungen einschüchtern, spalten und vereinzeln lassen. Die Selbstorganisation unseres Studiums in Arbeitskreisen und Basisgruppen entzieht sich blanker Gewalt. Die Maßnahmen des Rektors sind Dokumente der Machtlosigkeit — bloß vorgetragen im Gewande offener Gewaltandrohung.
Die alte Wissenschaft ist tot, organisiert sie selbsttätig mit neuen Inhalten.

Laßt Euch nicht einschüchtern, Arbeitskreise sind nicht kriminell!

ormierte Didaktik

I.

(aus einem paper der AfE-Fachgruppe Chemie)

nenfassend ergeben sich fol-
rinzipien für eine Didaktik
odik der Chemie:

ng des formalen Denkens
en von Beziehungszusam-
ngen
itigkeit, die in Freude erfolgt
nbewußtsein
e sinnvolle Ausbildung nur
Grundlage von **Theorie und**
rfolgen kann, müssen die
en, die nicht isoliert voneinsehen werden dürfen, auch
derschlag in der bisherigen
ng des Lehrers der Chemie

chulversuche zielen nicht auf
ng eines Problembewußtseins
nemie hin, sondern fordern
lnen freudlose, unmotivierte,
gsgebundene „Selbsttätig-
ch werden nicht die Bezie-
mmenhänge zwischen den
Versuchen hergestellt. Von
ulung des formalen Denkens
kaum die Rede sein. Ein so
ter Lehrer wird sicherlich
tischen Menschen heranbil-
ern sie als einfache Ausfüh-
eine Tätigkeit in die Indu-
assen. Findet sich der einzelne damit ab, so fragt er nicht mehr nach dem Warum und Wozu, sondern fügt sich objekthaft in das Vorgegebene.

2. Vom Standpunkt der Dogmatik ausgehend, die eine Lehrmeinung verkündet, die nicht neue Ergebnisse aus der Forschung anbietet, sondern Vorgefaßtes periodisch wiederholt, unterscheiden sich die Vorlesungen in Didaktik der Chemie und der Fachwissenschaft nicht von denen an der gesamten Universität. Selbst wenn von Zeit zu Zeit kleine Ergänzungen gemacht werden, wäre es doch sicherlich vorteilhafter, wenn die Vorlesungsinhalte schriftlich fixiert den Studenten zur Verfügung gestellt würden, damit in Seminaren darüber diskutiert werden könnte. Die Vorlesungen drängen den Studenten in eine Konsumentenhaltung. Er hat nachzuvollziehen und nicht selbst zu vollziehen. Das Wissen ist nicht das Ergebnis eines Denkprozesses, sondern die passive Anhäufung von Informationen. **Gerade Vorlesungen können nicht die Prinzipien eines forschenden Unterrichts verwirklichen, vielmehr stellen sie die Verkehrung der Prinzipien dar.**

3. Bieten die chemischen Praktika kaum die Möglichkeit zur Diskussion, so wären Seminare und und Kolloquien die hierzu geeigneten Veranstaltungen. In der Diskussion wird jedoch nicht das Problembewußtsein geweckt, das Selbsttätigkeit fördert, um Zusammenhänge zu erkennen und Schwierigkeiten zu überwinden, vielmehr hat die Diskussion oder die Form des Gesprächs die Funktion, unverstandene Details verstehen zu lernen, falsches, partikulares Wissen zu korrigieren und fachliches Wissen für die Prüfung zu sichern. Die Inhalte sind vorgegeben. Verirrt sich ein Student doch noch in eine Frage, die über die prüfungsrelevanten Inhalte hinauszielt, so wird er leider häufig mit der Bemerkung zurückgerufen, „das interessiert hier nicht, das werde ich Sie nicht in der Prüfung fragen". Das Wirken des Studenten versteht sich demnach hauptsächlich **von der Prüfung her und in bezug auf die Prüfung.** Das Wissen des Studenten besitzt keine Struktur, weil aus dem über die Lehre vermittelten Wissen kein Aufbausystem erkennbar war. Viele Fakten haben sich während der Ausbildungszeit angesammelt, ohne in einem direkten, inneren Zusammenhang sichtbar zu sein. Selbst die Auswahlkriterien bleiben verborgen. Die Lehrenden legen keine Rechenschaft ab, warum sie dies und nicht das andere lehren (was auch für viele andere Fächer gilt).

4. Geht ein Student in die Hospitation für Chemie, so kann er höchstens über die Auswahlkriterien des **Schul**stoffes etwas erfahren: Der Stoff muß heimatbezogen sein, im kindlichen Erfahrungsbereich liegen, zeitgemäß sein. Was heimatbezogen ist, was im kindlichen Erfahrungsbereich liegt, was zeitgemäß ist, wird vom Lehrenden vor jeder Hospitation „aus der Tasche geholt" und verlesen. Zwar bietet die Hospitation Gelegenheit zur Selbsttätigkeit, aber wie sieht diese aus?!

Mit dem Boykott an der AfE entzieht sich der Student für nur kurze Zeit dem autoritären Lehrbetrieb. Er nimmt seine Ausbildung zum Gegenstand der Reflexion, um sich seiner Lage bewußt zu werden und sie möglicherweise zu ändern. Er steht dabei vor der Schwierigkeit, sich aus seinem Objektdasein mangels einer befreienden Sprache zu erheben, um „Subjekt seines Tuns" zu werden. Die studentische Bewegung hat bisher manchen Beitrag geliefert, der eine Hilfe bieten kann, den Emanzipationsprozeß voranzutreiben.

Der Boykott an der AfE enthält die Forderung:

rgt, daß die Lehrer keine Knechte sind, nst werden auch die Schüler Knechte!

II.

en Vorwurf einer ausschließ-
technokratischen Reform der
ung für absurd und über-
lt, verweist in der Regel auf
e des Studiums, auf die es
lich vor allem ankomme,
önne von technokratischer
ch wirklich nicht die Rede
nehr versuche man doch al-
„die Bedürfnisse der Ge-
zu berücksichtigen".

Tat, man berücksichtigt sie
jene Bedürfnisse werden
in den Vorschlägen der
der didaktischen Seminare
E. an die Kommission für
orm über den Inhalt einer
fungsordnung (8 Semester).

dürfnisse der Gesellschaft"
ematisch, obwohl — oder
l — das Wort Gesellschaft
schlägen der Naturwissen-
B. nicht einmal vorkommt;
zukünftige Lehrer in Bio-
die „Pflege von Pflanzen
" und die „wichtigsten ge-
Bestimmungen" des „Natur-
Bescheid wissen. Dafür
Unangenehmes erspart,
n der Prüfung Kenntnisse
muß in den „Grundla-
umanbiologie, d. h. beson-
Infektionskrankheiten, der
s- und Lebensführung".

**ß man wenigstens, was die
der A. f. E. unter den
n der Humanbiologie" ver-
geht um „Gesundheitsfüh-
bei der Existenz von bio-
Kampfstoffen und verkrüp-
pelten Contergan-Kindern ja auch besonders wichtig ist.**

Aber wer wird schon mit dem Schicksal fechten — „uns Wissenschaftlern geht es um die Erkenntnis um ihrer selbst willen".

Bei dem Vorschlag der Chemiker und Physiker wird das deutlich. Während nach der alten Prüfungsordnung noch „die Bedeutung der Chemie (Physik) als eine der Grundlagen des technischen Zeitalters" nachgewiesen werden sollte, ist man jetzt genauer geworden: Es geht um „chemische und physikalische Grundverfahren der Industrie".

Die gesellschaftliche Bewußtlosigkeit dieses Chemiker-, Physiker-, Mathematiker- und Biologenbewußtseins wird demonstriert durch die Abwesenheit einer Bestimmung der Funktion des naturwissenschaftlichen Studiums und Unterrichts sowie der Naturwissenschaften selber. Der Prüfling muß hier nicht wissen, welche Funktion Naturwissenschaft hat und haben könnte; daß sie Unfreiheit hervorbringt und doch Befreiung von Zwang mitbewirken könnte, wird nicht erwähnt.

Die Abwesenheit eines emanzipierten Bewußtseins bestimmt die stabilisierende gesellschaftliche Funktion dieser Naturwissenschaft und ihrer Didaktik, die sich in willenloser Selbstbescheidung zum Werkzeug einer Gesellschaft gemacht hat, deren Fortbestand gerade von der Verhinderung der Emanzipation abhängt.

Didaktik — welcher Fasson auch immer — kann sich des Zugriffs der Gesellschaft nicht entziehen, gleichgültig, ob sie davon ein Bewußtsein hat oder nicht. Sie ist von den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen abhängig. Diese Bedingungen schreiben der Didaktik ihren Inhalt weitgehend vor, wobei sie sich zunächst darüber klar werden muß, ob sie ein funktionaler, dysfunktionaler oder emanzipatorischer Faktor in der Gesellschaft sein will oder muß. Wie aber soll Didaktik ihre gesellschaftliche Funktion erkennen und bestimmen, wenn sie keinen Begriff von Gesellschaft und folglich auch keinen von gesellschaftlicher Funktion hat?

So bleibt es den Didaktikern der Hauptschule (für Arbeiterkinder) vorbehalten, das Material für jene staatliche Gehirnwäsche der Lebensvorbereitung bereitzustellen (Arbeitslehre), auf die sich die Personalabteilungen der Industrie verlassen können, denn „der Ausbildungsstand der Hauptschulabsolventen wird die Produktivität der Wirtschaft steigern", versichert der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen in seinem Hauptschulgutachten (Stuttgart 1965, Seite 47).

Die Didaktiker der A. f. E. haben mit ihren Vorschlägen zur Prüfungsordnung die Norm in diesem Sinne erfüllt. Die so geprüften Lehrer müßten eigentlich funktionieren, d. h. in der Lage sein, allein die geplante Produktionssteigerung vorzubereiten.

Für diesen Vorgang stellt das Hauptschulgutachten (S. 20) noch eine elegantere Formulierung zur Verfügung:

„An solcher Entfaltung auch der einfachen Menschen ist im technischen Zeitalter ebensoviel gelegen wie an der Herausbildung einer Führungsschicht."

Der Satz genügt nicht nur den Ansprüchen von Sonntagsrednern, sondern ist in seiner bewußtlosen Unmittelbarkeit Spiegel der bürgerlichen Gesellschaft selber. Er belehrt uns nebenbei auch, warum wir zwei Lehrertypen brauchen: die Philologen für die „Herausbildung der Führer . . .", die A. f. E. Absolventen für die „Entfaltung auch der einfachen Menschen".

Um das Verfahren effektiver zu machen, sind die technokratischen Reformer der Lehrerbildung aufmarschiert. Daß sie getrost auf den Inhalt des Studiums verweisen und sich auf die didaktischen Wissenschaftler verlassen können, ist klargeworden.

Sich gegen diese Veranstaltungen zur „Entfaltung auch der einfachen Menschen" und die „Heranbildung einer Führungsschicht" zu wehren, halten wir im Interesse eben dieser „einfachen Menschen" für notwendig. Das können allerdings nur Lehrer, die wissen, gegen was und warum sie sich zu wehren haben.

Dazu brauchen wir ein achtsemestriges Studium kritischer Erziehungswissenschaften und keine noch so gut gemeinte Verhaltenslehre.

Dazu gehört auch eine Didaktik, die ihre gesellschaftliche Funktion zum Gegenstand ihrer Forschung macht.

Vorläufig scheinen die Didaktischen Seminare der A. f. E. dazu nicht in der Lage zu sein, weswegen den Studenten nichts anderes übrigbleibt, als solche Arbeit selbst in die Hand zu nehmen. Das geschieht nicht zuletzt im Interesse der Didaktiker selbst, damit sie einlösen können, was sie seit Jahren versprechen: Didaktik sei eine Wissenschaft.

Der erste Schritt wird sein, diese Didaktik mit ihrem Bewußtsein zu konfrontieren. Zu leisten ist das nur von einer kritischen Theorie der Gesellschaft aus — die der Kultusminister am 7. 1. 1969 in der Frankfurter Mensa als „absurde Theorie" denunzierte — er wird gewußt haben, warum!!

A. f. E. Fachgruppe:
„Soziologie der Erziehung"

Kampf dem autoritären Staat und der formierten Wissenschaft

Wir müssen uns darüber aufklären, daß die Hochschulrevolte nicht bloß in ein neues Stadium getreten ist, sondern daß mit der Selbstorganisation des Wissenschaftsbetriebs ein neues politisches und praktisches Interesse der Studentenbewegung entstanden ist, das ihren bisherigen Charakter wesentlich verändert. Die Phase des provokativen Protests, die nach dem 2. Juni 67 sich von Westberlin auf die Bundesrepublik ausbreitete, war darauf angewiesen, daß politische Aktionen noch umständlich durch theoretische Argumentation mit der Wissenschaftspraxis verbunden wurden; es war noch immer ein traditioneller Begriff von Politik, der in den radikalisierten Formen liberal-politischen Engagements enthalten war. Zwar wurde im Kampf gegen die Notstandsverfassung die Universität schon als ein Widerstandsraum begriffen, der die Autonomie der Wissenschaft erst als politische und damit wirklich herstellt, aber es war doch die politische Kritik und nicht die praktische Selbstorganisation, die dem scheinautonomen Herrschaftsbetrieb der Ordinarienuniversität entgegengestellt wurde. Politisierung der Wissenschaft bedeutete wie beim Carlo-Schmid-Go-in, politische Aktionen quasi von außen in die Universität zu tragen und damit den politisch reaktionären Charakter einer vorgeblich wertfreien Wissenschaft zu demonstrieren. Das Experiment der Politischen Universität während des Notstandsstreiks im Sommer zeigte dann auf gesamtuniversitärer Ebene die Perspektive an, daß die Organisation der Wissenschaft von uns in die eigenen Hände genommen werden muß; aber es war noch immer die schon politische Protestbewegung, die eine solche Gegenorganisation mehr improvisierte als leistete und der die Polizei-Besetzung der Karl-Marx-Universität den Boden praktischer Organisation sehr bald entzog.

In den letzten Wochen hat sich diese Gegenorganisation wie von selbst und überraschend herausgebildet, ohne daß der neue Charakter der Hochschulrevolte schon ganz bewußt geworden wäre. Denn es gibt tatsächlich eine Spannung zwischen der plebiszitären, unmittelbar politischen Protestbewegung, wie sie in der demonstrativen und provokativen Phase der Hochschulrevolte entstand, und der Selbstorganisation der Studenten gegen die Disziplinierung und Technifizierung der Wissenschaften. Es ist ein Element von Realpolitik, das in die Studentenbewegung eingeht und über dessen Tragweite wir uns klarwerden müssen. Denn die institutionelle Absicherung, die wir für die studentische Selbstorganisation auch erreichen wollen, z. B. neue Studiengänge und autonome Bereiche, diese Absicherung verlangt eine klare und einsichtige Aktionsstrategie und nicht mehr nur die kompromißlose Demonstration politischer Ansprüche. Eine solche Aktionsstrategie muß ausgehen von der Analyse der Machtverhältnisse, in deren Zusammenhang die Hochschulreform gegenwärtig steht; damit wird auch das Verhältnis von Politik, Gewalt und Wissenschaft klarer, als es in wissenschaftstheoretischen und satzungspolitischen Diskussionen möglich wäre.

Die traumatische Erfahrung der Gewalt bei der Polizeischlacht des 2. Juni hat Hunderttausende von Studenten für einen Augenblick ahnen lassen, welches Potential von Gewalt in den Institutionen verborgen ist. Aber gerade die Wucht der Ereignisse hatte eine merkwürdige Reaktion zur Folge: die Gewalt wurde eher als Natur oder Schicksal begriffen, für dessen Opfer man Trauer und Bestürzung zeigte. Daß die Institution Wissenschaft aus diesem Gewaltzusammenhang nur scheinbar gelöst ist, erfuhren damals nur wenige — es ist nicht ohne Ironie, daß Carlo Schmid als alleiniger Professor in Frankfurt die Information über die Berliner Ereignisse als sachfremd in seiner Politikvorlesung verhindern wollte. Gerade an seiner Vorlesung wurde einige Monate später der gewalttätige und politische Charakter der Universität klar. Die Verletzung veralteter autoritärer Regeln wurde schon vorher als faschistischer Terror bezeichnet, und die politischen Studenten wurden willkürlich und bedenkenlos der Strafverfolgung ausgeliefert; die Identität von Ordnungsinteressen der hierarchischen Alltagsinstitution Universität mit den politischen Interessen des autoritären Staats wurde deutlicher, als es alle Argumente hätten zeigen können. Aber wiederum wurde die hochschulpolitische Auseinandersetzung anschließend entpolitisiert, weil sie nicht wirklich praktisch geführt werden konnte.

Nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke, nach den politischen Widerstandsaktionen gegen den Springer-Konzern und nach der Verabschiedung der Notstandsverfassung wäre es gefährlich, den in jedem Fall politischen Charakter des jetzigen Streiks zu verschleiern und zu verschweigen. Denn um die Hochschulen findet gegenwärtig ein Machtkampf statt, der sich hinter der Fülle wissenschaftsorganisatorischer Entwürfe verbirgt und der einen äußerst politischen Stellenwert hat. Nachdem die „machtvolle" Notstandsopposition keine wirkliche Macht praktisch hervorgebracht hat, schien es möglich, die ökonomisch und sozialtechnisch geforderte Hochschulreform der alten, ordinarialen Universität im Dienst der politischen Herrschaftssicherung gegen nur schwachen Widerstand der scheinbar demoralisierten Studentenbewegung durchzusetzen. Allerdings waren schon bisher die Fraktionskämpfe des Staates, der Ordinarien und der Interessenverbände so stark, daß eine Einigung schwer abzusehen ist. Diese Schwäche zeigt sich in der offenen Gewalt, mit der unsere Selbstorganisation schon jetzt bekämpft wird. Denn unsere Forderungen sind schwerlich revolutionär, aber: sie sind politisch und sie werden praktiziert, und genau das sollte mit den Hochschulreformen technokratisch verhindert werden. Die Studenten sind den Institutionen in der gegenwärtigen Reformphase durch die praktische Selbstorganisation gleichsam zuvorgekommen, und es beginnt sich eine Art Doppelmacht unterhalb der Fraktionskämpfe herauszubilden. Diese Doppelmacht, d. h. die praktische Organisation des eigenen Wissenschaftsbetriebs, muß deshalb auch unmittelbar politisch sein, weil unsere legitimen Versuche schon jetzt direkt politisch und mit sprachloser Gewalt bekämpft werden. Weil die Hochschulreformen als wissenschaftspolitische Ergänzung der Notstandsgesetze nicht ohne Widerstand durchgeführt werden können, werden Notstandsmaßnahmen direkt gegen diesen praktischen Widerstand der Studenten angewendet. Die Notstandsvollmacht des hessischen Staats, ohne irgendwelche Konsultationen jederzeit Polizei in die Universität zu schicken, bedeutet die restlose Zerstörung der universitären Autonomie. Es ist ein Vorgeschmack für die Praktiken der Vorbeugehaft, deren rechtstechnische Farce wir gegenwärtig erleben. In diesen Zusammenhang der Organisierung legaler Gewalt des autoritären Staats gehören weiter die Ausrüstung des Bundesgrenzschutzes als Bundespolizeitruppe und die offensive Taktik der Polizei bei Demonstrationen.

Angesichts dieser Zusammenhänge von Politik, Gewalt und Wissenschaft ist es nicht sinnvoll und sogar gefährlich, wissenschaftstheoretisch eine geschichtslose rigide Trennung von Wissenschaft und Politik zu machen. Die Wissenschaften werden ihren Freiraum frei von unmittelbarer Gewalt nicht kampflos bewahren. Die Autonomie der Universität wird sich nicht mit Hilfe der Staatsgewalt herstellen lassen, sondern nur durch die praktische Gegenmacht der Studenten, die ihren Wissenschaftsbetrieb gegen den autoritären Staat selber organisieren. F. W.

Flugblatt Heidelberg

Im Januar 68 forderten politische Studenten Diskussion bei der Veranstaltung „Studenten aus aller Welt singen und tanzen für Heidelberg", in der die Heidelberger Oberschicht exotische Puppen für sich tanzen lassen wollte. Fünf von den Studenten sollte jetzt in den Weihnachtsferien der Prozeß gemacht werden (Mindeststrafe 3 Jahre Zuchthaus). Da die Studenten in dieser Zeit keine Öffentlichkeit in dem Prozeß hätten herstellen können, entzogen sich die Angeklagten dem Prozeßtermin, um sich am 8. Januar 69 dem Gericht zu stellen. Trotz Haftbefehls und Interpol gelang es den 5, auf freiem Fuß zu bleiben. Am 8. 1. wurden sie pünktlich von 1500 Studenten zum Landgericht geleitet, so daß die Polizei nicht wagte, sie zu verhaften. Richter Kohnle verweigerte die geforderte Diskussion mit den Studenten. Er gab vor, sich nicht dem Druck der Öffentlichkeit aussetzen zu wollen, während er in Wirklichkeit unter dem Druck von oben steht (Stadt- und Justizbürokratie). Die fünf wurden von den Demonstranten anschließend in die Universität geleitet, wo sie ihre politische Arbeit weiterführten. Sie hielten sich in den Räumen des AStA auf.

Vandalen im AStA

Heute morgen, Freitag, 11. 1., kurz vor 6 Uhr stürmte die Polizei (4 Mannschaftswagen, etwa 100 Uniformierte, etwa 20 zivile Bullen, 2 Hunde, 3 Feuerwehrwagen) die Räume des AStA. Ohne jegliche Vorwarnung schlugen sie die Außentüren und eine Holzwand zum AStA mit Äxten ein. Die Studenten hatten sich in den Gang gesetzt, um die Polizisten aufzuhalten und über den Haftbefehl zu diskutieren. Wieder ohne Vorwarnung knüppelten die Polizisten rücksichtslos auf die Sitzenden ein, die keinen Widerstand leisteten und nur versuchten, sich so gut wie möglich vor den Schlägen zu schützen. Bekannte SDSler, wie Joscha Schmierer und Eberhard Becker vom Bundesvorstand, wurden, nachdem ein höherer Beamter sie den prügelnden Polizisten kenntlich gemacht hatte, einer Sonderbehandlung unterworfen und geprügelt, bis sie bluteten. Anschließend wurden sie und andere, die vorne saßen, herausgezerrt und durch ein Spalier prügelnder Polizisten die Treppe hinuntergestoßen und -geschleift, unten wurden sie in einen Polizeiwagen geschafft.

Dem Fernsehreporter des Süddeutschen Rundfunks wurde die Kamera entrissen; der belichtete Film wurde zerstört. Mehrere Fotoapparate wurden ohne Quittung beschlagnahmt. Staatsanwalt Weidner sah dem lächelnd zu. „. . . zu knüppeln brauch' ich nicht, dazu habe ich meine Leute." Die Polizei hatte allen Grund, dafür zu sorgen, daß nichts an die Öffentlichkeit gelangt.

Zeugenaussage V. P.:

„Diese Szenen wurden vom Fernsehen so lange auf Film genommen, bis einer der Polizisten die für die Aufnahmen dieser Szenen entscheidende Fernsehlampe mit dem Schlagstock zertrümmerte. Dies konnte kein Versehen gewesen sein, da der Scheinwerfer auf einem über 2 Meter hohen Stativ stand und außerdem abseits der sonstigen Prügelei. Unmittelbar darauf drangen die Polizisten in das Auskunftszimmer ein und griffen sich aus der Menge als erste eine Berichterstatterin des Heidelberger Tageblatts, obwohl diese sich als solche zu erkennen gab und obwohl alles ‚Presse! Presse!' rief, was nicht mißverstanden werden konnte. Die Dame wurde durch den Flur gestoßen und — wie dann andere sahen und die Berichterstatterin selbst sagte — kopfüber das Treppenhaus hinuntergestoßen."

Zeugenaussage C. C.:

„Ein Polizist stürmte plötzlich spontan auf den filmenden Fernsehreporter zu, drängte ihn ab und entwand ihm die Kamera. Er selbst und wir Umstehenden sagten mehrfach, er sei vom Fernsehen. Ich protestierte sofort bei dem Staatsanwalt, der lächelte süffisant und sagte: ‚Das brauchen wir als Beweismittel.' Ca. 2 Minuten später entdeckte ich den Polizisten in einem Flur, wie er in der geöffneten Kamera den Film belichtete. Von Haber und der Staatsanwalt standen unmittelbar daneben. Der Polizist sagte: ‚Ich kann mich doch hier nicht einfach filmen lassen.' Von Haber und Staatsanwalt Weidner machten ihm keinerlei Vorhaltungen."

Alle 12 Kommilitonen befinden sich noch in Haft. Aus juristisch unerfindlichen Gründen (es besteht weder Verdunkelungs- noch Fluchtgefahr) wurde gegen die 7 festgenommenen Studenten Haftbefehl beantragt. Die Vorbeugehaft wird praktiziert. Die besonders unbequemen bekannten Genossen (Schmierer, Becker u. a.) sollen physisch ausgeschaltet werden.

Landgerichtspräsident Kohnle, Staatsanwalt Weidner, Rektor Baldinger, Universitätsbürokratie und Polizei wollen ihre Macht zeigen. Es ist die Macht der Knüppel und der Brutalität.

10% Rabatt auf alle Schreibwaren

bietet als Sonderrabatt für Studenten

Karl Fr. W. Mosterts

6 Frankfurt

Robert-Mayer-Straße 17 - Telefon 77 42 89

direkt neben der Uni.

ediziner an die „Front“

liniken begann das
nester ruhig, allge-
versitäre Probleme
ı nicht. — Der spek-
Verlauf der Parla-
reduzierte einen be-
Konflikt zwischen
der LdM, zeichnete
onst vor dem dunk-
nischen Hintergrund

hilflos beengende
form, die am Fall
die prinzipielle Be-
des Staates deutlich
e finanzielle Misere
ger und besonders
r Studentengenera-
zutragen, bringt eine
ımlung und eine
sadresse der Medi-
e streikende AfE und

Vollversammlung am
ber gab es am Ein-
Beginn Rangeleien,
Kandidatenvorstel-
ı schlossen sich Refe-
rski (AfE), Wolf und
ıilFak) an über die
die Streiksituation an
nd der PhilFak nach
te-Plan. Die Berichte
ıit Zuhören quittiert.
ießende Ruhe offen-
zwar die Wahrneh-
Personen der Öffent-
unktioniert, ein weit-
es Problembewußt-
r hoffnungslos ru-
ist. Es entzündet sich
ssion jedoch an der
ıng von Anwesen-
während der Vor-
ie spezielle Stoßrich-
t auf die Chirurgie
ort residierenden Or-
dessen Alter und Ri-
ı seit einigen Jahren
Ziel studentischer
geworden ist. Die
die in der Personifi-
es Problems liegt, ist
die Sache verläuft als
ckjagd mit seiner
ıen Eliminierung oder
ınzbeschneidung im In-
er allgemeinen Ruhe
ung.
er Diskussion ergibt
Resolution:

streikung der Vor-
von Prof. Geißen-
Generalstreik an
edFak, falls Re-
en gegen die Stu-
drohen oder gegen
ikenden angewandt
bzw. der Streik
erbesserung bringt.
utlichkeit der Forde-
anlaßt Prof. Hövels,
ı eines Kompromisses
tudentischen Vollver-
g zu intervenieren:
ser Beschluß tritt in
enn a) bis Montag, den
mber 1968, zur Vor-
hirurgie die Anwesen-
nicht abgeschafft ist,
ontag, den 16. Dezem-
zur Vorlesung Chirur-
Vorlesungskonzept, das
Studenten diskutiert
ht vorliegt.
ıtervention von Prof.
durchbricht und ver-
die erstmals in dieser
ıervorgetretene Fähig-
Medizinstudenten, ihre
n, die eben nicht iden-
d mit denen der Pro-
öffentlich zu artiku-
nd zu manifestieren.
e Verbindung persön-
it institutioneller Au-
Macht) und durch die
ation des Medizin-

studenten mit seinem Lehrer oder desen Image kann kein Interessenkonflikt mehr einsichtig gemacht werden oder gar individuelle Distanz zum Fach erreicht werden. Einem Eingriff von professoraler Seite in studentische Beschlußfassung ist deshalb von vornherein der Erfolg sicher. Die Forderung für die Zukunft muß sein: resolut den Standpunkt des studentischen Forums einzunehmen, das keinen Eingriff von außen duldet. Machen wir klar, daß nur das die Spielregeln sind: die manifeste Manipulation unterlaufen und studentische Willensbildung unterstützen.

Noch am Tage der Vollversammlung entspricht Prof. Geißendörfer den studentischen Forderungen, möchte aber prinzipiell nicht öffentlich diskutieren.

Am Montag, dem 16. Dezember, findet die 2. Vollversammlung statt und faßt folgende Beschlüsse:

1. **Wenn Prof. Geißendörfer die versprochenen Maßnahmen nicht verwirklicht, wird zu gegebener Zeit eine Vollversammlung einberufen, die neu entscheidet.**
2. **Die Vollversammlung der Fachschaft bildet aus ihrer Mitte vier Arbeitskreise: I. Neuordnung Fakultätsspitze. II. Neuordnung Kliniken. III. Neuordnung Institute. IV. Internatsjahr.**
3. **Die Vollversammlung fordert die Fakultät auf, mindestens zwei, nach Bedarf mehr, vorlesungsfreie Tage in Zusammenarbeit mit der Fachschaft festzulegen. An den vorlesungsfreien Tagen diskutieren Dozenten und Studenten die bis dahin vorliegenden Ergebnisse der Arbeitskreise der Fachschaft sowie der Kommissionen der Fakultät. Diese vorlesungsfreien Tage werden auf einer Vollversammlung festgelegt, die bis zum 15. Januar 1969 einzuberufen ist.**

Durch die Unfähigkeit der Fachschaftsvertreter kam keine vernünftige Versammlungsleitung zustande und wurde kein Programm effektiv verhandelt.

Da eine Kommission aus zehn Studenten von Prof. Geißendörfer und seinen Oberärzten so beschieden wurde, daß ein Konzept für die Vorlesung deshalb nicht zu unterbreiten sei, weil die Klinik die Zufälligkeiten des „vorhandenen Krankengutes“ zu respektieren habe — ein für eine große Klinik kaum stichhaltiger Grund —, bleibt die Resolution 1 vom 16. Dezember 1968 in Kraft.

Am Mittwoch, dem 18. Dezember 1968, entwickelt Prof. Hövels in seiner Vorlesung — nachdem ihm seitens der Studenten drei Fragen vorgelegt wurden — schon in Grundzügen den Appell von Rektor und Senat vom 8. Januar 1969 „An die Studenten der Frankfurter Universität“. Er warnt vor einem verlorenen Semester, befürwortet Polizeieinsatz im Falle einer Institutsbesetzung und wiederholt — ungemein drastisch — den Vorwurf des Linksfaschismus: Schon einmal habe jemand sein politisches Konzept lange vor der Machtübernahme publiziert, Gleiches gelte für den SDS. Mehr als das bloße Faktum, daß das Ziel im voraus dargelegt wurde, läßt sich in diesem Verhältnis allerdings nicht gleichstellen. In diesem generellen Taschenspielertrick professoraler Argumentation — mit falschen Alternativen studentische Initiative zu kupieren — offenbart sich zugleich die Anerkennung der Berechtigung unserer Forderungen und der Horror vor ihrer Verwirklichung. Macht fürchtet ihre Ohnmacht.

Und falsch sind die Alternativen deshalb: Bisher spielt der SDS in der MedFak nur implizit eine Rolle. Mit dem Aufbauen eines ubiquitären Buhmanns will man schon „den Anfängen wehren“. Die bisherigen Aktionen und Forderungen bedrohen nicht einmal praktisch den Studiengang eines Mediziners — im Gegenteil. Die Aktion Geißendörfer beweist es.

Daß sich das alte System so heftig gegen die studentische Initiative wehrt, ist ein Indiz dafür, daß ihm der Saft ausgeht.

Notwendigerweise müssen die Angehörigen dieser traditionellen Klinik ständig ihr persönliches Engagement — Resultat autoritärer Erziehung in der Kaiserzeit und Dritten Reich — verwechseln mit einer alle Mängel bemäntelnden Institutionsform. Es geht nicht darum, diesen alten Betrieb auf Vordermann zu bringen und damit effizienter zu gestalten. Es geht um die Induktion autonomer Verhaltensweisen im Betrieb durch vernünftige — sprich: plebiszitär kontrollierbare — Organisationsformen. Der Impuls und die Initiative zur Verifizierung dieses allgemeinen Satzes kam notwendigerweise von unten, die Bedrohung und Einschüchterung kam notwendig von oben:

Die Polizei ist das einzige Argument des autoritären Staates. Heidelberg ist ein Beispiel für die Reaktionsweise eines Staates, der keine vernünftige Legitimation hat, nur die Idee von der Organisation der Macht.

Übernehmt das Institut

Die **WiSo-Soziologen** haben auf einer Vollversammlung am 9. Januar ihren Streikbeschluß ohne Gegenstimme erneuert.

Die Rebellion gegen die Verhältnisse am Seminar läßt sich über mehrere Semester zurückverfolgen, ist aber von langen resignativen Phasen unterbrochen. Zu Beginn dieses Semesters manifestierte sich die Unzufriedenheit der Studenten in einem Go-in zur beschlußfassenden Sitzung über das Sommersemesterprogramm. Dabei erkannten wir, daß wir noch nicht in der Lage sind, unser Unbehagen zureichend zu artikulieren und in eigene Vorschläge umzusetzen; die studentische Unwilligkeit wurde kanalisiert, indem einer Kommission aus freiwilligen Mitarbeitern die Aufgabe zugewiesen wurde, Reformvorschläge für alle Bereiche auszuarbeiten. Diese Kommission arbeitete dann nahezu ohne Studenten; deren kritische Aktivität verlegte sich in die Lehrveranstaltungen.

In mehreren Seminaren und Übungen wurden neue Lehr- und Lernformen praktiziert; in einem Fall versuchte ein Seminarleiter, die Verfasser einer Seminarkritik von den Produktionsmitteln (Matrizen usw.) abzuschneiden; im Falle der Einführung in die Soziologie gelang es den Studenten in einer Plenumsitzung deutlich zu machen, daß der Informationsvorsprung des Dozenten ohne weiteres überholt werden kann.

Die von der AfE ausgehende Streikbewegung erreichte über das Bewußtmachen der politischen Dimension der Studienreform eine bisher einmalige Mobilisierung der WiSo-Soziologen. Im Rahmen des Arbeitsgruppen, die eine Studienkonzeption nach studentischen Vorstellungen entwerfen. Das Arbeitsgruppenprogramm wurde von den Dozenten des Seminars (also auch Rüegg) in einer Erklärung unterstützt.

Nach dem Polizeieinsatz gegen das Spartakusseminar stellte eine Vollversammlung den Arbeitsgruppen der Phil.-Fak. die Seminarräume zur Verfügung. Daraufhin erfolgte eine Erklärung der Ordinarien, daß sie Aktionen, die auf eine Lahmlegung des Studienbetriebs an der Universität hinzielen, im Seminar für Gesellschaftslehre nicht zulassen, obwohl der herkömmliche Lehrbetrieb mit ihrer Billigung am eigenen Seminar faktisch ausgesetzt war. Einen Tag später erfolgte die Mitteilung, daß die Dozenten ihre Lehrveranstaltungen „weiterführen“.

Noch sollten allerdings nachprüfbare wissenschaftliche Leistungen, die in Arbeitsgruppen erbracht werden, anerkannt werden. Von Zapf erfolgte noch nach Weihnachten das Angebot, studentische Arbeitskreise als außerordentliche Lehrveranstaltungen zu institutionalisieren.

Dagegen lautet die Mitteilung von Rüegg an die Mitglieder des Lehrkörpers: „Studentische Arbeitsgruppen sind keine Lehrveranstaltungen der Universität. Es dürfen für sie deshalb keine Bescheinigungen mit Unterschriften vom Dozenten und Seminarstempel ausgestellt werden.“ Rüegg wünschte, dies auf einer Vollversammlung so zu interpretieren, daß dies nur Arbeitsgruppen betrifft, die sich selbst als Gegenveranstaltung begreifen. Abgesehen davon, daß dies auch zahlreichen Professoren nicht gerade einsichtig ist (siehe Erklärungen), betonen auch die WiSo-Studenten die Notwendigkeit experimenteller Gegenveranstaltungen.

Die motivierende Absicht, zulässige und nichtzulässige Arbeitsgruppen zu unterscheiden, scheint recht deutlich: die Soziologiestudenten könnten auf diese Weise gespalten werden. Doch dafür sind die Kriterien allzu undeutlich und die gemeinsamen Zielsetzungen zu weitgehend, als daß eine solche Strategie Erfolg haben könnte.

W. G.

Frankfurter Rundschau die große liberale tageszeitung, die zeitung, die von studentischen lesern bevorzugt wird. warum?

aktuelle information:
eigene korrespondenten und berichterstatter an den wichtigsten punkten des in- und auslands, täglich das weltgeschehen aus erster hand.

gründliche analyse:
leitartikel, glossen und kommentare von journalisten, deren namen über deutschland hinaus klang haben. die „dritte seite“ — als gütezeichen für sauberen, engagierten journalismus ein begriff.

mut zur offenheit:
unabhängig von parteien und interessengruppen, eine zeitung mit eigener meinung und dem mut, auch heiße eisen anzufassen. ein blatt, das kein blatt vor den mund nimmt.

eine zeitung mit mut — eine zeitung für Sie! bilden Sie sich selbst ein urteil. lesen Sie die FRANKFURTER RUNDSCHAU eine woche lang kostenlos und unverbindlich. gutschein umseitig.

Frankfurter Rundschau
vertriebsabteilung — 6 frankfurt am main 1 — postfach 3685 — telefon 2 19 95 13

vorzugspreis für studierende
monatlich DM 3,15 als abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei postzustellung
monatlich DM 3,80 durch träger

in **frankfurt am main** erhalten studierende die FRANKFURTER RUNDSCHAU durch träger, per post oder bei folgenden autorisierten abholstellen: merkur-zeitschriftenkiosk an der bockenheimer warte; zeitschriften karl mosterts, robert-mayer-straße 17; bücher und kollegbedarf carl siol, jordanstraße 11; vertriebsschalter im rundschauhaus am eschenheimer turm.

Philosophie an der Basis

Die Fachschaft sah ihre Aufgaben jetzt darin, den Gedanken der Basisgruppen am Seminar auszubreiten, Forum der Artikulation studentischer Forderungen an die Seminarleitung zu sein, den Stellenwert des herkömmlichen, individualistischen Philosophietreibens an der Universität und in dieser Gesellschaft zu diskutieren. Der Versuch, die Teilnehmer eines Liebrucks-Seminars dazu zu bringen, die Assoziationen des Professors nicht widerspruchslos über sich ergehen zu lassen, indem Fragen nach Kriterien der Verständigung gestellt wurden, scheint mißlungen, da Professor Liebrucks sich solche Diskussion autoritär verbat und die fixierten Hörer nicht zu einer Solidarisierung mit den „Störern" bereit waren.

Das Bedürfnis nach Selbstaufklärung am Seminar hat es ermöglicht, in wöchentlicher Vollversammlung zu tagen (20 % durchschnittlich der Hauptfachphilosophen).

Das war die Situation am Phil. Seminar bis zum Streikbeschluß an der AfE. In einer außerordentlichen Vollversammlung am Freitag darauf wurde — bei Anwesenheit von drei Vierteln der Hauptfachler — Streik bis Weihnachten beschlossen. Das neben dem bisherigen Unterrichtsbetrieb nicht durchführbare Konzept einer „Studienreform" über die Basisgruppen und die gleichfalls bislang unter ständigem Zeitmangel diskutierende Fachschaftsvollversammlung motivierten diesen Beschluß zusätzlich. In mehrtägigen Diskussionen, eingeleitet durch einige „Sprengungen", bildeten sich Arbeitskreise heraus, die sich folgendermaßen hauptsächlich untergliedern ließen: Formulierung eines Problemkatalogs von Philosophie heute unter besonderer Berücksichtigung der erkenntnisleitenden Interessen der politisch streikenden Studenten („Kritische Theorie"), Vorbereitung der Untersuchung spezieller Probleme für den zukünftigen Unterricht („Analytische Philosophie", „Marxistische Rechtsphilosophie", Theorien des autoritären Staates, „Materialistische Erkenntnistheorie"), Probleme der Vermittlung von Philosophie (Anfängerprobleme, Probleme der Nebenfachphilosophiestudenten). Die Zahl der Probleme und der sie diskutierenden Ph.-Positionen bereitete große Schwierigkeiten, dokumentierte freilich auch den erstmaligen Versuch, bisher festgehaltene Grenzen zu überschreiten, dokumentierte das Krebsübel der Philosophiegeschichte: terminologische Sorglosigkeit, dokumentierte die fachimmanente Organisationsunfähigkeit (und in der Konsequenz die Schwierigkeit, sich als politisch handelnde Gruppe zu verstehen).

Neben dieser Diskussion wurden bislang zwei Hearings durchgeführt: die Lehrenden sollen ihre Meinung vom Problemstand der Ph., vom Zusammenhang (welchem und welchem nicht) der am Seminar offiziell vertretenen Positionen, vom ph. Gesamtzusammenhang, Sinn, ihrer eigenen ph. Arbeit darlegen und mit den Studenten darüber diskutieren. Vielleicht läßt sich dadurch die Sprachlosigkeit am Seminar und die Begründung der eigenen ph. Untersuchungsrichtung in der „Lebensgeschichte" (!, nicht am auffindbaren Bestand der gesamten Ph.) aufheben. — Diese Hearings sollen auch ausgedehnt werden auf zukünftige Lehrende, um dadurch den Anspruch der Mitsprache in diesem Bereich praktisch zu demonstrieren, so auch den Sinn einer Institutsordnung — für die inzwischen ein Vorschlag vorliegt — manifest zu machen.

Da es in der Philosophie notwendiger ist als anderswo, sie immanent zu verändern, ist die vordringliche Aufgabe jetzt, den institutionellen Rahmen der zukünftigen entscheidungsmotivierenden Diskussion zusammen mit den (oder gegen die) Ordinarien durchzusetzen, so möglicherweise allen zur Erfahrung zu bringen, daß auch philosophische Inhalte sich bislang nicht in einem machtfreien Raum ereignen.

J. U.

adam griff etwas voreilig zu,
als eva ihm obst anbot —
das hatte weitreichende folgen.

bei mir können sie vorbehaltlos zugreifen, sie tun nämlich etwas für ihre gesundheit.

vitamine für ihr studium

obsthalle schmidt

obst - gemüse - lebensmittel - getränke
vor dem haupteingang der uni — jügelstraße

Der Mediziner
kauft seine Bücher und Zeitschriften bei
Johannes Alt
seit 1868
Buchhandlung und Antiquariat für Medizin
6 Frankfurt S 10
Gartenstraße 134
Nähe Universitätskliniken
Tel. (Ffm. 06 11)
61 29 93 und 61 37 74

- Reichhaltiges Lager aller Lehrbücher und Kompendien
- Günstige Antiquariats-Angebote
- Medizinische Wochenschriften im Studentenabonnement

Ein Besuch bei mir lohnt sich immer!

a-info **GUTSCHEIN** **UF**
für eine kostenlose probelieferung

ich bin noch nicht abonnent der FRANKFURTER RUNDSCHAU und möchte sechs tage kostenlos und unverbindlich die FRANKFURTER RUNDSCHAU lesen.

im anschluß an die 6-tage-probelieferung wünsche ich:

☐ **weiterlieferung zum vorzugspreis für studenten** für monatlich: DM 3,15 im abholabonnement — DM 3,40 bei postzustellung — DM 3,80 durch träger *

☐ vorerst keine weiterlieferung (gewünschtes bitte im ☐ mit einem x versehen!)

vor- und zuname: _____

hochschule (kurzname), fakultät: _____

wohnort, zustellpostamt: ( ) _____

straße, hausnummer, zimmer: _____

studienbestätigung (stempel): _____ datum

(kann auch nachgereicht werden!) _____ unterschrift

wir bitten Sie um vollständige und deutliche eintragungen. * (trägerzustellung ist nur in/um frankfurt möglich)

STREIT-ZEIT-SCHRIFT

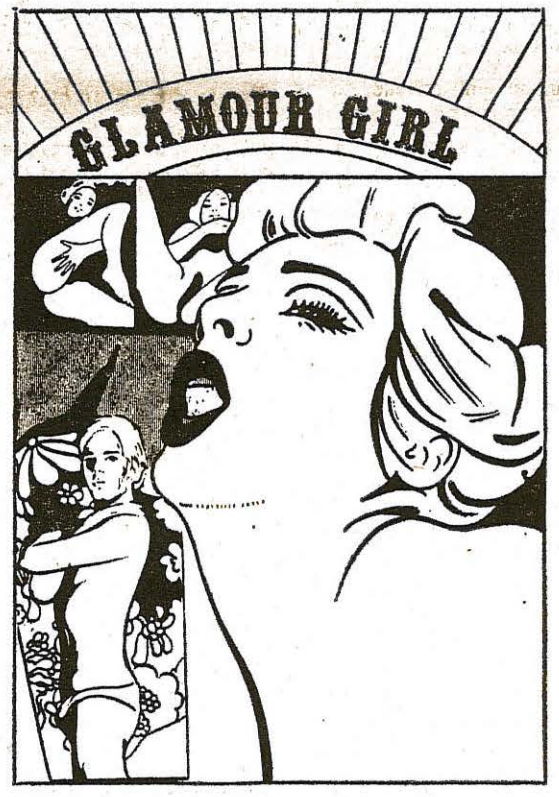
„Deutschlands lockerste Literatur-Revue"
Heft VI/2, 1968

Ernst Jünger FAKTEN
Herausgeber Horst Bingel

STREIT-ZEIT-BÜCHER

Arno Münster: PARIS BRENNT
Die Mai-Revolution 1968
Fakten Dokumente Fotos
SZB 1, 182 S., gebunden DM 6,–

GLAMOUR-GIRL von Meysenbug
SZB 2, 96 S., gebunden DM 5,–



STREIT-ZEIT-BILDER

SUPER-MÄDCHEN
Das Ende der Verkäuferin
Jolly Boom von Meysenbug
33 Blätter, 6farbig,
Format 29x32 cm DM 18,–

HEINRICH HEINE VERLAG
6 Frankfurt a. M., Paul-Ehrlich-Straße 25

irisches Theater Die Schmiere

chlechteste Theater der Welt
armeliterkloster / Nähe Theaterplatz
llungen über 28 10 66 jederzeit
tags, donnerstags, sonntags 20.30 Uhr:
SCH IN ASPIK
gs 20.30 Uhr:
OTE RATTE IN DER LIMONADEFLASCHE
JEDE LEICHE 'NEN GROSCHEN!
tags 19.30 Uhr,
IENNEN DAS MÄDCHEN EINFACH: PAUL!
Uhr:
IND EIN FERKEL, EXZELLENZ!
Programme von Rudolf Rolfs

er am Turm

ühne Rhein-Main
n vom 15. Januar bis
ar 1969
rentinerhut"
on Labiche
18., 19. Januar
14., 15. Februar
ladung"
iel von Jochen Ziem
23., 24. Januar 1969
ar 1969
derspenstigen Zähmung"
von Shakespeare
Januar 1969
ar 1969
Bernd Etzel"
sen von
g Deichsel
Januar 1969
Februar 1969
stellung am 8. Februar
um 19 Uhr)
indel will Vormund sein"
hrung) und
ezichtigung"
er Handke
ar 1969
ngsbeginn jeweils um
mit Ausnahme vom
ar

erika haus

rankfurt, Staufenstraße 1
Telefon 72 33 37

, 29. 1. 1969, 20 Uhr
Wohin steuern die USA?
Hans Gresmann,
t"

, **4. 2. 1969, 20 Uhr**
Jessye Norman Sopran
Brahms, Debussy

10. 2. 1969, 20 Uhr
rag: Jazz in Amerika
a

, 11. 2. 1969, 20 Uhr
gespräch:
rnationale Finanzkrise
Dr. Hans Peter Dreyer,

, 12. 2. 1969, 20 Uhr
in englischer Sprache
erican Art Scene
rin Prof. Constanze
Los Angeles

, 22. 1. 1969, 20 Uhr
mit Lichtbildern
kehr in der Großstadt
Prof. Dr. Bruno
Berlin
ng Baudezernent
s Kampffmeyer

24. 1. 1969, 20 Uhr
zert mit der Smoke
azzband
ta Honis

, 28. 1. 1969, 20 Uhr
nd: Apollo-Programm
ng Hans Ludwig
n

rbestellungen
ch (72 28 60),
n oder persönlich im
Haus, Staufenstraße 1

Kleines Theater im Zoo

Frankfurt am Main
Direktion: Fritz Rémond

Programm vom
15. bis 18. Januar 1969

Hilde Krahl und Fritz Rémond in

GELIEBTER LÜGNER

nach Briefen von Bernard Shaw

Programm vom **22. Januar bis 17. Februar 1969**

DIE ZIMMERWIRTIN

Komödie von Jacques Audiberti
Inszenierung: Armas Sten Fühler
mit Anna Teluren

Kassenstunden: täglich von 11 bis 14 und 17 bis 20 Uhr (T. 43 51 66)

Städtische Bühnen Frankfurt

Oper

Aida
16. 1.
Rigoletto
17. 1., 22. 1.
in italienischer Sprache am
26. 1., 1. 2. u. 5. 2.
Johanna auf dem Scheiterhaufen
18. 1.
Fausts Verdammnis
19. 1., 24. 1.
La Traviata
21. 1.
Carmen
25. 1.
La Cenerentola
28. 1., 13. 2.
Die Hochzeit des Figaro
29. 1.
Die Zauberflöte
31. 1., 8. 2.
Tosca
3. 2.
Der Vogelhändler
2. 2.
Der Schwierige (Hofmannsthal)
4. 2.
Der Nußknacker (Ballettabend)
6. 2., 7. 2., 11. 2.
Die verkaufte Braut
1. 2.
Der Rosenkavalier
12. 2.

Schauspiel

Geschichte des Götz von Berlichingen
16. 1., 19. 1., 8. 2., 9. 2., 10. 2.
Das Susannchenspiel
17. 1., 18. 1., 21. 1., 22. 1., 26. 1., 29. 1., 1. 2., 4. 2., 5. 2., 7. 2., 11. 2., 13. 2.
Elisabeth Flickenschildt in Celestina
19. 1., 20. 1., 23. 1., 24. 1., 27. 1., 30. 1., 31. 1., 2. 2.
Der Raub der Sabinerinnen
25. 1.
Rosenkranz und Güldenstern sind tot
28. 1., 2. 2., 6. 2.
Sing Sing Singers (musical H. Wunderlich)
14. 2. (Premiere), 15. 2., 16. 2.

Kammerspiel

Amerika Hurra
16. 1., 8. 2., 9. 2., 10. 2.
Landshuter Erzählungen
17. 1., 18. 1., 21. 1., 22. 1., 29. 1., 1. 2., 4. 2., 5. 2., 7. 2., 12. 2., 13. 2.
Philoktet
19. 1., 20. 1., 24. 1., 30. 1., 2. 2., 6. 2., 11. 2., 14. 2., 15. 2.
Die Heimkehr
23. 1., 27. 1., 31. 1.
Beute
25. 1., 28. 1.

GUTSCHEIN *

Frankfurter Resistenztheater

Kabarett Die Maininger
Leitung: Conrad Reinhold
6 Frankfurt am Main,
Neue Rothofstraße 26 a
(Parallel zur Goethestraße
Nähe Opernplatz)
Tel. bis 18 Uhr: 8 24 34, ab 18 28 02 27
Ab 21. 12., täglich 20.30 Uhr,
außer Montag

„Conny läßt die Puppen tanzen"
eine kabarettistische Revue, die es in sich hat — kommen Sie dem Staatsanwalt zuvor.

Studenten erhalten bis zu 50 % Ermäßigung.
* Gegen Abgabe dieses Gutscheins erhalten Sie zusätzlich 15 Prozent Ermäßigung.

Die Katakombe

Frankfurts Kellertheater
Schützenstr. 8, am Brückenkeller,
Telefon 28 47 50
Spielplan 15. 1. bis 15. 2.
Bis 15. 2. täglich 20 Uhr — außer Montag

Uraufführung
Frank-Wedekind-Revue
ICH HAB MEINE TANTE GESCHLACHTET
Texte und Musik:
Frank Wedekind
Einrichtung und Inszenierung:
Marcel Schilb
Karten telefonisch über 28 47 50 ab 16 Uhr
Vorverkauf: Drugstore Parkhaus Hauptwache, Schalterraum Neue Presse Schillerstraße
Theaterkasse: ab 19 Uhr
Ermäßigung für Studenten

Termine:

Rekonstruktion revolutionärer Theorie
Negt; Fr. 20.00 Uhr, Hörsaal H

Organisation und Emanzipation
Plenum, Do. 13.00—15.00 Uhr, Mylusstr.

Berufschancen
Plenum, Do. 11.00, Senkenberganlage

Autoritärer Staat und Staatsrecht
Plenum: Mo. 16.00—18.00 Uhr, Institut für Wirtschaftsrecht, Schumannstr. 60
Mi. 19.00 Uhr, Institut für Wirtschaftsrecht, Schumannstr. 60

Arbeitsgruppen Historiker
ARBEITSGRUPPE II
Kritik der Fächertrennung und Ansätze zu deren Aufhebung
jeden Freitag 10.00 Uhr
Dietrich-Bohnoeffer-Haus,
Lessingstraße 2, bei Robert Frey
ARBEITSGRUPPE III
Wissenschafts- und Methodenkritik der Geschichte
jeden Montag 14.00—16.00 Uhr
jeden Dienstag 14.00—16.00 Uhr
Historisches Seminar, Raum 515
ARBEITSGRUPPE IV
Fachdidaktik der Geschichte
Freitag, den 17 Januar, 10.00 Uhr
Historisches Seminar
ARBEITSGRUPPE V
Die Stellung des Lehrers in der Gesellschaft
Donnerstag, den 16. Januar, 10.00 Uhr
Pädagogisches Seminar

Interfakultative Arbeitskreise
AfE + Soziologen: Sexualität
Plenum: Di. 16.00 Uhr, Lesesaal im AfE
Gruppe: A Fr. 11.00 Uhr
B Mo. 14.00 Uhr
C Fr. 11.00 Uhr
D Do. 18.30 Uhr
(R 417 AfE, 4 Stock)
Arbeitskreis = Rechtsbeihilfe und Justizkampagne
Montag, 20.00 Uhr, Kolbheim

Polit-Ökonomie
Plenum: Mo. 18.00 Uhr, Raum 118
Gruppe: Marx-Oh, Di. 17.00 Uhr
Raum 108
Sa. 14.00 Uhr, Kolbheim
Vietnam, Mi. 17.00 Uhr,
Fr. 14.00 Uhr, Seminar Ges. Wissenschaftstheorie,
Di. 17.00, Do. 17.00 Uhr,
Raum 118
Hegelkritik:
Di. u. Do. 16.00 Uhr, phil. Seminar
Kritische Theorie, Mi. 16.00 Uhr
phil. Seminar

Psychologie
Nächste Vollversammlung:
Donnerstag, den 16. 1. 1969, 9.30 Uhr,
Hörsaal I.
Erscheint bitte massenhaft!
Interfakultativer Arbeitskreis:
Biologie und Psychologie
Thema: Form der Wissensvermittlung
Treffpunkt: 1. Stock, Studentenhaus,
Donnerstag, 19.00 Uhr

Lippmann + Rau Veranstaltungen

Sonntag, 19. Januar, 20 Uhr, Jahrhunderthalle
Gala-Abend
JEAN CLAUDE PASCAL
singt Lieder und Chansons

Sonntag, 26. Januar, 17 u. 20 Uhr, Jahrhunderthalle
Up to Date
ESTHER & ABI OFARIM
Ermäßigte Karten für das 17 Uhr-Konzert beim AStA

Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, Jahrhunderthalle
Die goldene Stimme aus Prag
KAREL GOTT
mit Streichorchester und Combo. Als Gast: Eva Pilarova

Samstag, 1. Februar, 18 u. 21 Uhr, Kongreßhalle/Messegelände
Soultime
JOE TEX SHOW
featuring Carla Thomas
Karten bei den bekannten Vorverkaufsstellen

atelier am ZOO

Mitglied der Gilde der Filmkunsttheater

Frankfurt, Pfingstweidstraße 2, Telefon 49 17 25
STUDENTEN MIT AUSWEIS ZAHLEN DM 1,80 (AUSSER SA. U. SO.)

Anfangszeiten: Täglich 15.00, 17.15, 19.30, 21.45 Uhr
Bitte beachten Sie die Ausnahmen!

Mittwoch, 15. 1.
Melina Mercouri, Anthony Perkins,
PHAEDRA
Regie: Jules Dassin

Donnerstag, 16. 1.
Albert Finney, Susannah York
TOM JONES
Regie: Tony Richardson

Freitag bis Montag, 17. 1.—20. 1.
Jean-Louis Barrault, Arletty,
KINDER DES OLYMP
Regie: Marcel Carné
Geänderte Anfangszeiten und Preise.

Dienstag, 21. 1.
Ingrid Bergman, Anthony Quinn
DER BESUCH
Regie: Bernhard Wicki

Mittwoch, 22. 1.
Bibi Andersson, Liv Ullmann
PERSONA
Regie: Ingmar Bergman

Donnerstag, 23. 1.
Anna Karina, Sami Frey,
DIE AUSSENSEITERBANDE
Regie: Jean-Luc Godard

Freitag bis Montag, 24. 1.—27. 1.
Burt Lancester, Montgomery Clift
VERDAMMT IN ALLE EWIGKEIT
Regie: Fred Zinnemann

Dienstag, 28. 1.
James Stewart, June Allyson,
DIE GLENN MILLER-STORY
Regie: Anthony Mann

Mittwoch, 29. 1.
Françoise Dorléac, Donald Pleasance
WENN KATELBACH KOMMT
Regie: Roman Polanski

Donnerstag, 30. 1.
Jean-Paul Belmondo, Anna Karina
ELF UHR NACHTS
Regie: Jean-Luc Godard

Freitag bis Montag, 31. 1.—3. 2.
James Dean, Julie Harris
JENSEITS VON EDEN
Regie: Elia Kazan

Dienstag, 4. 2.
Ian Richardson, Patrick Magee u. d.
Die Verfolgung und Ermordung des
JEAN PAUL MARAT
Original mit Untertiteln
Geänderte Anfangszeiten und Preise.

Mittwoch, 5. 2.
Gary Cooper, Ingrid Bergman,
WEM DIE STUNDE SCHLÄGT
Nach E. Hemingway
Geänderte Anfangszeiten und Preise.

Donnerstag, 6. 2.
15.00, 17.45, 20.30 Uhr
Yves Montand, Annie Girardot
LEBE DAS LEBEN
Geänderte Anfangszeiten und Preise.

Freitag bis Montag, 7. 2.—10. 2.
Olivia Hussey, Leonard Whiting
ROMEO UND JULIA
Regie: Franco Zefirelli
Geänderte Anfangszeiten und Preise.

Dienstag, 11. 2.
Jane Fonda, Robert Redford,
Charles Boyer
BARFUSS IM PARK
Regie: Gene Saks

Mittwoch, 12. 2.
Harry Belafonte, Dorothy Dandridge
CARMEN JONES
Regie: Otto Preminger

Donnerstag, 13. 2.
Max v. Sydow, Brigitta Valberg
DIE JUNGFERNQUELLE
Regie: Ingmar Bergman

LUISE POLLINGER

Papier - Bürobedarf - Drucksachen
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen in Miete
— Mietkauf —

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter - Feinpapiere - Geschenke - Büro-, Zeichen- und Schulartikel

FRANKFURT A. M., BOCKENHEIMER LANDSTR. 131 u. 133
Selbstbedienung Bockenheimer Landstraße 133
Fernruf 77 55 89 - 77 63 77

asta information
Erscheint jeden zweiten Donnerstag im Semester in 10 000 Exemplaren.
Diese Nummer: 15 000 Exemplare.
Herausgeber: Das Parlamentspräsidium, Redaktion: Mitglieder der Basisgruppen.
Anschrift d. Redaktion: Frankfurt a. M., Jügelstraße 1, Tel. 7 98 31 86 u. 77 75 75.
Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.
Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt am Main.

Politische Wissenschaft — emanzipativ

Die bisherige Politik„wissenschaft" glaubt, mit der bloßen Deskription von fragwürdigen Regierungstechniken, mit der abstrakten Aufzählung von politischen Theorien, mit dem Vergleich bestehender Systeme sich begnügen zu können. Ihre unpolitische Beschaulichkeit kommt ihr als den Herrschenden willkommenes Mittel zur Zementierung unhaltbarer Verhältnisse in Politik und Gesellschaft kaum in den Sinn.

Wo sich aber die Politologie „modernisiert" hat, ihre Funktion erkennt und den Anspruch erhebt, zur Effizienz der Integrationsmechanismen beizutragen, verrät sie ihre kritische Absicht ausdrücklich und degeneriert z. B. zur „Betriebswirtschaftslehre des modernen Staates" (Hennis). Ob nun angebliche Politikwissenschaftler die „soziale Frage" zum „Klischee aus dem 19. Jahrhundert" erklären (Voegelin), ob sie mit dem BND kollaborieren und die „Diktatur auf Zeit" befürworten (Eschenburg) oder ob sie ihre Innung vom „linken Image" rein halten wollen (Kogon) — in jedem Fall arbeitet die Politik„wissenschaft" dieser und anderer Herren der reaktionären staatlichen Gewalt in die Hände.

Wenn wir eine Fortführung der bisherigen Politologie zulassen, beteiligen wir uns an der immer offener und brutaler fortschreitenden Formierung des autoritären Staates. Für uns kann es deshalb die Politische Wissenschaft nur noch als eindeutig emanzipative geben. So verstanden, dringt sie mit der Befreiung der Gesellschaft auf ihre eigene Aufhebung.

Die Politologie muß heute Demokratisierungsbestrebungen, wo immer sie auftreten, aktiv unterstützen. D. h. die theoretische Arbeit wird in dem Maße praktisch, wie sie in den konkreten Auseinandersetzungen sich auf die Seite der Unterdrückten stellt und den Herrschenden die Gefolgschaft verweigert.

Die Themen der Übungen und Seminare dürfen nicht mehr abstrakt behandelt werden, sondern müssen mit der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Situation explizit in Verbindung gesetzt werden. Der emanzipative Anspruch der Politischen Wissenschaft muß für jedes Thema formuliert werden, um die Neubestimmung unseres Studiums gerade im einzelnen Fall deutlich zu machen. Dabei genügt es nicht, eine einmalige Begründung des gewählten Themas am Anfang des Semesters zu liefern. Ein Problembewußtsein, das neben den veränderten Arbeitsmethoden die hauptsächliche Voraussetzung für eine von den Studenten getragene und für sie sinnvolle Arbeit ist, kann nur durch die fortwährende, begleitende Reflexion über das Warum der Arbeit erreicht werden.

Aus der angedeuteten Konzeption ergeben sich für Studenten und Dozenten der Politologie organisatorische Konsequenzen. Die Lehrinhalte werden in Arbeitsgruppen, die bis zu 8 Teilnehmer umfassen, erarbeitet. Es ist unumgänglich, auch Seminare und Arbeitsgruppen zu bilden, die nur von Studenten getragen werden.

Die Teilnehmer dieser Gruppen erhalten gleichermaßen Scheine, solange es diese noch gibt. Entsprechend der langfristig geplanten Vermittlung der Lehrinhalte werden die Arbeitsgruppen möglichst über mehrere Semester hinweg zusammenarbeiten. Bereits während des Studiums werden wir Kontakte zu den außerhalb der Universität am Verwertungsprozeß der Ergebnisse der Politologie Beteiligten aufnehmen, etwa zu den Gruppen der Lehrer, Publizisten, Wissenschaftler und in Verbänden tätigen Politologen. Ebenso werden wir politische Bildungsarbeit mit Schülern und Arbeitern in der Universität durchführen.

Um unsere Vorstellungen zu präzisieren, haben wir nach einleitenden Diskussionen folgende drei Arbeitsgruppen gebildet:

I) Zum Selbstverständnis der Politikwissenschaft
a) Problem einer Einführung in die Politologie
b) bisherige und zukünftige Funktion der Politologie.
II) Erarbeitung der Institutssatzung
III) Zum Sozialkunde-Unterricht (diese Gruppe stellt die Kooperation mit der AfE her)

Basisgruppe Politologie

Vollversammlung Politologie

Auf der Vollversammlung der Politologen, die am 9. 1. 1969 stattfand, befaßten wir uns mit den beiden Satzungsentwürfen (der Basisgruppe und der Assistenten) und der Streiksituation. — Im Gegensatz zum Soziologischen Institut kam es zu keiner Auseinandersetzung mit den Professoren des Instituts für Politik, da diese, wie aus der von den Assistenten erarbeiteten Institutssatzung hervorgeht, bereit sind, den Institutsrat 50:50 paritätisch zu besetzen. Diese Regelung ist bisher nur am Psychologischen Institut in Hannover realisiert.

Die Maßnahmen, die Rüegg in seinem Brief an den Lehrkörper der Universität angekündigt hatte (Nichtanerkennung der studentischen Arbeitsgruppen, Aufforderung zur Denunziation), machten erneut deutlich, wie autoritär der Apparat reagiert, wenn er sich bedroht fühlt. Diese Kampf-Ansage wurde mit einer gemeinsamen Erklärung beantwortet:

„Die Vollversammlung der Politologen an der Universität unter Einschluß des Direktors des Instituts für Politik bekräftigt, daß es zu den unabdingbaren Grundsätzen der Freiheit von Forschung und Lehre und einer demokratischen Institutsverfassung gehört, gleichberechtigte Lehr- und Forschungsveranstaltungen von Studenten, Lehrbeauftragten und Professoren zu garantieren."

Gleichzeitig beschloß die Vollversammlung, den aktiven Streik fortzuführen.

Dazu wurde folgende Resolution angenommen:

„Als Kampfmaßnahmen gegen die autoritären Reaktionen der Administration auf unseren aktiven Streik, d. h. die Selbstorganisation des Studiums durch die Studenten, beschließt die Vollversammlung der Politologen, den aktiven Streik weiterzuführen. Einmal werden die studentischen Arbeitskreise als reguläre Institutsveranstaltungen weitergehen. Zum anderen werden die laufenden anderen Lehrveranstaltungen in Diskussion aller Teilnehmer neu bestimmt, wobei sowohl Thema wie Organisation der Lehrveranstaltungen der Reflexion und der Neubestimmung unterzogen werden."

G. K.

Provokativ

Universität und Widerstand
Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt
Hrsg. v. Detlev Claussen und Regine Dermitzel
198 Seiten, kart. DM 5,—

Die Linke antwortet Habermas
Hrsg. u. eingeleitet von Oskar Negt
Mit Beiträgen von W. Abendroth, P. Brückner, F. Cerutti, K. Dörner, E. Krippendorff, H. Lederer, W. Lefèvre, K. Meschkat, A. Neusüß, C. Offe, R. Reiche, C. Rolshausen, H. Schauer, F. Wolff
204 Seiten, kart. DM 7,—

Auferstehung und Gewalt
Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik
Hrsg. v. Heinz Grossmann und Oskar Negt
188 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten
kart., DM 5,—

Agnoli/Brückner
Die Transformation der Demokratie
Theorie der außerparlamentarischen Opposition
198 Seiten, Snolin DM 12,—, Leinen DM 19,—

Eric Ertl
Alle Macht den Räten
Zur Theorie und Praxis der Rätebewegung
118 Seiten, kart. DM 7,—

Politische Texte

Franz Neumann
Demokratischer und autoritärer Staat
Beiträge zur Soziologie der Politik
Mit einem Vorwort von Herbert Marcuse
Eingeleitet von Helge Pross
316 Seiten, kart. DM 18,—, Leinen DM 26,—

Faschismus und Kapitalismus
Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus
Mit Beiträgen von Otto Bauer, Herbert Marcuse, Arthur Rosenberg, August Thalheimer u. a.
188 Seiten, kart. DM 12,—, Leinen DM 18,—

Rosa Luxemburg
Politische Schriften I/II/III
Hrsg. u. eingeleitet von Ossip K. Flechtheim
je Band kart. DM 12,—, Ln. DM 18,—

Karl Korsch
Marxismus und Philosophie
184 Seiten, kart. DM 9,—, Leinen DM 14,—

Herbert Marcuse
Psychoanalyse und Politik
79 Seiten, kart. DM 6,—

André Gorz
Der schwierige Sozialismus
248 Seiten, Snolin DM 16,80

Politische Ökonomie

Geschichte und Kritik

Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital"
In zwei Bänden 366/320 Seiten, kartoniert DM 29,—, Leinen 686 Seit. 38,— DM

Ernest Mandel
Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx (1843-1863)
288 Seiten, Snolin-Broschur 12,— DM, Leinen DM 18,—

Joseph M. Gillman
Prosperität in der Krise
304 Seiten, Snolin-Broschur DM 20,—, Leinen DM 28,—

Adolph Lowe
Politische Ökonomie
336 Seiten, Snolin-Broschur DM 20,—, Leinen DM 28,—

Maurice Dobb
Ökonomisches Wachstum und Planung
128 Seiten, Snolin-Broschur ca. DM 9,—, Leinen DM 14,—

Rudolf Hilferding
Das Finanzkapital
480 Seiten, Snolin-Broschur DM 29,—, Leinen DM 38,—

Oskar Negt
Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen
104 Seiten, kart. DM 7,—

Manfred Teschner
Politik und Gesellschaft im Unterricht
Eine soziologische Analyse der politischen Bildung an hessischen Gymnasien
178 Seiten, kart. DM 20,—, Leinen DM 26,—

Heribert Adam
Studentenschaft und Hochschule
Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik
135 Seiten, Leinen DM 18,—

Wolfgang Friedmann
Recht und sozialer Wandel
500 Seiten, Leinen DM 68,—

Zeitschriften

Neue politische Literatur
Berichte über das internationale Schrifttum
Erscheint vierteljährlich. Je Heft 140—150 S.; Einzelheft DM 8,—; Jahresabonnement DM 30,—.

Kritische Justiz
Erscheint vierteljährlich. Je Heft ca. 100 S.; Einzelheft DM 6,—; Jahresabonnement DM 20,— (für Studenten und Referendare DM 16,—).

Europäische Verlagsanstalt